

## Resolution Industriegipfels am 3. Juli 2026

### Präambel

Wir, die Beschäftigten der industriellen und industrienahen Betriebe sowie der Handwerksbetriebe in Düsseldorf, Ratingen und dem Rhein-Kreis Neuss, stehen täglich für Wertschöpfung, Innovation, Versorgungssicherheit und gute Arbeit. Mit unserem Einsatz sichern wir industrielle Leistungsfähigkeit, technologische Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unsere Region gehört zu den vielfältigsten Industrielandschaften Nordrhein-Westfalens. Sie ist geprägt von einer starken industriellen Basis und einer großen Bandbreite an Betrieben entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Zu ihr zählen Aluminiumschmelzen und Walzwerke, die Automobil- und Zulieferindustrie sowie der Maschinen- und Anlagenbau. Hinzu kommen Entwicklungs-, Software- und Technologiezentren, Vertriebs-, Service-, Projekt- und Headquarterstandorte internationaler Industrie- und Technologieunternehmen. Ebenso prägen Kfz-Niederlassungen, Werkstätten und Handwerksbetriebe sowie spezialisierte System-, Infrastruktur- und Anlagenbauer unsere Region.

Unternehmen wie **Pierburg, Alunorf, Speira, Mercedes-Benz, ZF, Konecranes, Stellantis**, die **BMW Niederlassung Düsseldorf, Komatsu, ABB** und **Siemens** stehen ebenso beispielhaft für diese industrielle Breite wie **Parker Hannifin, GEA, SICK, TK Elevator, Schindler, Hille & Müller, Kiepe, Vodafone** und **Nokia**.

Gleichzeitig erleben wir in diesen Unternehmen einen starken Transformationsdruck und einen verschärften internationalen Standortwettbewerb. Energie-, Rohstoff- und Investitionsrisiken nehmen zu. Hinzu kommt eine wachsende Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen der industriellen, digitalen und europäischen Zukunft.

Der Wandel zeigt sich widersprüchlich: In einigen Unternehmen verschärft sich der Fachkräftemangel, während in anderen Betrieben ein Personalabbauprogramm das nächste ablöst. In unserer Region sind in den vergangenen fünf Jahren mehrere tausend Industriearbeitsplätze verloren gegangen.

Vor diesem Hintergrund formulieren wir mit dieser Resolution gemeinsame Erwartungen an Politik, Unternehmen und Sozialpartner.

---

## **Forderungen an die Politik**

### **Punkt 1: Abhängig Beschäftigte wertschätzen statt verunsichern**

Menschen leisten tagtäglich einen zentralen Beitrag zu Wertschöpfung, Innovation und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Sie sichern industrielle Stärke und tragen die Transformation. Diese Leistung verdient Respekt und Anerkennung.

Wir erwarten von der Politik einen wertschätzenden Umgang mit Beschäftigten. Polarisierende Äußerungen und pauschale Vorwürfe helfen nicht weiter. Zuschreibungen wie „Lifestyle-Teilzeit“, zu hohe Krankenquoten, angeblich fehlende Leistungsbereitschaft oder zu wenige Überstunden verkennen die Realität in den Betrieben und verunsichern zusätzlich.

Viele Beschäftigte stehen bereits unter hohem Druck. Angst vor Jobverlust, Umstrukturierungen und steigende Arbeitsbelastung prägen den Alltag. Abwertende politische Aussagen verschärfen diese Unsicherheit und untergraben Vertrauen.

Politik trägt Verantwortung für den gesellschaftlichen Ton. Wer Transformation gestalten will, muss die Arbeits- und Lebensrealität der Beschäftigten ernst nehmen und respektvoll mit ihnen umgehen.

---

### **Punkt 2: Industrie braucht eine funktionierende Infrastruktur**

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für einen starken Industriestandort in Düsseldorf, Ratingen und dem Rhein-Kreis Neuss. In einer Region mit hoher Industriedichte entscheidet sie über Wertschöpfung, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit.

Industrie, Handwerk und Dienstleistungen sind auf funktionierende Verkehrswege angewiesen. Marode Straßen und Brücken, überlastete Schienenwege und fehlende Anbindungen beeinträchtigen Produktion, Logistik und Service.

Zur Infrastruktur gehört auch ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr. Viele Beschäftigte pendeln aus den Vororten. Verlässliche Taktungen, gute Anbindungen und bezahlbare Ticketpreise sind Voraussetzung für erreichbare Arbeit und Fachkräftesicherung.

Unsere Region braucht außerdem bezahlbaren Wohnraum. Wer in Industrie und Handwerk arbeitet, muss in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnen können. Steigende Mieten gefährden Lebensqualität und Standortattraktivität.

Wir erwarten von der Politik verlässliche Investitionen in Verkehrs-, Energie- und digitale Infrastruktur, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie schnellere und koordinierte Planungs- und Genehmigungsverfahren.

---

### **Punkt 3: Finanzierung sichern – gerecht und zukunftsorientiert**

Transformation gelingt nur mit verlässlicher Finanzierung. Beschäftigte und Betriebe brauchen Vertrauen, dass der Wandel politisch gewollt und finanziell abgesichert ist.

Dazu braucht es stärkere europäische Förderprogramme sowie einen Mix aus Zuschüssen, günstigen Krediten und staatlichen Risikoübernahmen für Zukunfts- und Innovationsprojekte.

Öffentliche Fördermittel dürfen nicht bedingungslos vergeben werden. Sie müssen an klare Gegenleistungen geknüpft sein. Förderungen dürfen nur an Unternehmen gehen, die in ihre Standorte investieren, Arbeitsplätze sichern, nicht verlagern und tarifgebunden bleiben.

Wir erwarten ein faires Steuersystem, das Investitionen in Innovation, Beschäftigung und Standorte belohnt. Industrie-, Finanz- und Steuerpolitik müssen zusammengedacht werden.

Das europäische Beihilferecht muss weiterentwickelt werden, damit gezielte staatliche Unterstützung möglich ist. Davon müssen auch Unternehmen in Regionen wie dem Rheinischen Revier profitieren.

---

### **Punkt 4: Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende zusammendenken**

Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende gehören zusammen. Klimaschutz gelingt nur mit einer starken Industrie, und industrielle Zukunft braucht ökologische Nachhaltigkeit.

Bezahlbare und verlässliche Energie ist ein zentraler Standortfaktor. Hohe und volatile Energiepreise gefährden Investitionen und Arbeitsplätze, besonders in energieintensiven Betrieben.

Zukunftstechnologien müssen abgesichert werden. Dazu gehört der Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft mit verlässlicher Infrastruktur, ausreichender Verfügbarkeit und wettbewerbsfähigen Preisen.

Die Energiewende braucht Planungssicherheit. Klare Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für Investitionen und Vertrauen.

---

## **Punkt 5: Aktive Rohstoffpolitik**

Eine zukunftsfähige Industrie braucht einen sicheren und nachhaltigen Zugang zu Rohstoffen. Abhängigkeiten und volatile Märkte gefährden Wertschöpfung und Beschäftigung.

Wir erwarten eine europäisch koordinierte Rohstoffstrategie sowie einen konsequenten Ausbau von Recycling und Kreislaufwirtschaft.

Für die Aluminiumindustrie ist die Verfügbarkeit von Schrott ein strategischer Erfolgsfaktor. Wertvoller Metallschrott muss vorrangig in Europa genutzt werden. Schrott ist ein strategischer Rohstoff und darf nicht unkontrolliert exportiert werden.

Ökologische und soziale Standards müssen entlang der gesamten Lieferkette gelten.

---

## **Punkt 6: Innovations- und Technologieförderung neu ausrichten**

Gute Ideen müssen schneller in die Anwendung kommen. Innovationsförderung muss praxisnah und auf Umsetzung ausgerichtet sein.

Dafür braucht es starke regionale Innovationsökosysteme und eine bessere Vernetzung von Start-ups, Industrie, Forschung, Handwerk und Beschäftigten.

Kleine und mittlere Unternehmen brauchen konkrete Unterstützung durch Beratung, Begleitung und niedrighschwellige Förderangebote.

Gleichzeitig zeigt sich, dass ein erheblicher Teil der in Deutschland entwickelten Erfindungen und Patente in ausländischer Hand liegt. Wertschöpfung, Kontrolle über Technologien und industrielle Entwicklung drohen dadurch zunehmend ins Ausland abzuwandern.

Wir erwarten deshalb eine Innovationspolitik, die Technologieführerschaft sichert, industrielle Wertschöpfung im Land hält und die strategische Bedeutung von Patenten stärker berücksichtigt. Öffentliche Förderung muss dazu beitragen, dass Forschungsergebnisse in Deutschland und Europa genutzt, weiterentwickelt und industriell umgesetzt werden.

---

## **Punkt 7: Aktive Ansiedlungspolitik**

Industrieansiedlung braucht aktive politische Gestaltung. Ansiedlungen müssen Wertschöpfung, Innovation und gute Arbeit schaffen und an Tarifbindung und Mitbestimmung gebunden sein.

Bestehende Standorte müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Strukturwandel muss gestaltet werden.

Kommunen dürfen nicht gegeneinander arbeiten. Regionale Abstimmung ist entscheidend.

---

### **Punkt 8: Sicherung von Industrie- und Gewerbeflächen, auch im urbanen Raum**

Industrie braucht Raum. Industrie- und Gewerbeflächen müssen dauerhaft gesichert werden, auch im urbanen Raum.

Flächenkonkurrenz und Umwandlung gefährden Betriebe und Arbeitsplätze. Industrie, Handwerk und Dienstleistungen gehören zur Stadt.

Die Sicherung von Industrie- und Gewerbeflächen ist ein öffentliches Interesse und Voraussetzung für gute Arbeit.

---

### **Forderungen an die Unternehmen**

Unternehmen tragen Verantwortung für Beschäftigte, Standorte und die Zukunft der Industrie. Transformation braucht Investitionen, Beteiligung und Verlässlichkeit.

Wir erwarten:

- die uneingeschränkte Einhaltung der Mitbestimmung
  - ein klares Bekenntnis zu deutschen Standorten
  - Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung
  - systematische Qualifizierung der Beschäftigten
  - verlässliche Personal- und Weiterbildungsstrategien
  - Stärkung der Fachkräfteverfügbarkeit durch Ausbildung
  - Anerkennung der Erfahrungen der Beschäftigten
  - wertschätzenden Umgang, gute Führung, Gesundheitsschutz und einen verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz
  - ein klares Bekenntnis zur Tarifbindung
-

## **Forderungen an die Sozialpartner**

Die Transformation der Industrie ist eine gemeinsame Aufgabe. Sie gelingt nur im Dialog und nicht gegeneinander.

Wir erwarten eine Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe, die Verantwortung übernimmt, Mitbestimmung stärkt und Tarifverträge weiterentwickelt. Zusammenarbeit, Vertrauen und gemeinsame Lösungen sind der Schlüssel für eine sozial gerechte Transformation.

---

## **Schlusswort**

Die industrielle Transformation entscheidet über die Zukunft unserer Region. Sie gelingt nur mit den Menschen.

Sicherheit im Wandel ist Voraussetzung für Vertrauen. Gute Arbeit, Tarifbindung, Mitbestimmung, Qualifizierung und verlässliche Perspektiven geben Halt und ermöglichen Veränderung.

Der Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und betrieblicher Praxis ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir stehen bereit, den Wandel mitzugestalten – solidarisch, verantwortungsvoll und entschlossen.

---

Transparenzhinweis

Mit Unterstützung eines KI-Assistenzsystems erstellt; Freigabe durch Dinah Trompeter am 23.6.2026

Diese Resolution wurde von der Delegiertenversammlung der IG Metall Düsseldorf-Neuss am 24.6.2026 für den Industriegipfel am 3. Juli 2026 beschlossen. Die Inhalte der Resolution wurden in Zusammenarbeit mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus über 30 Betrieben der Region und dem DGB Düsseldorf-Bergisch Land erarbeitet.